

Wie gefährlich ist Grossbaustelle?

Bern Auf dem Bubenbergplatz wirds eng – Baumaschinen unmittelbar neben den Passanten

Beim Abbruch der Tramgeleise auf den Berner Bubenbergplatz gehen die Verantwortlichen ein hohes Risiko ein: Mindestens in einem Fall kam es gestern Nachmittag zu einer unmittelbaren Gefährdung eines Passanten. Nun klärt die städtische Baukontrolle ab, ob die Sicherheitsmassnahmen genügen.

Die Verantwortlichen der Bauunternehmung wiegeln ab, die Stadt will mindestens prüfen, ob Handlungsbedarf besteht. Ein 100-Tonnen-Bagger riss am frühen Dienstagnachmittag auf dem Bubenbergplatz die Tramschienen und den teilweise armierten Bodenbelag auf – vom dichten Passantenstrom auf der Südseite des Platzes war er nur durch einen rund zwei Meter hohen, mit einem Kunststoffflies bedeckten Metallzaun getrennt. Die Tramschienen und die tonenschwere Betondecke hob der Bagger indessen teils weit über die Höhe des Zaunes hinaus, in der Horizontalen nur rund einen halben Meter von den Fussgängerinnen und Fussgängern entfernt.

«Grob-fahr-lässig»

Für das Auge des Laien eine gefährliche Situation: Nicht auszudenken was passiert wäre, wäre der Bagger unvermittelt ausgeschwenkt oder wäre auch nur ein kleineres Teil der unter Spannung stehenden Betondecke abgebrochen und gegen die Passanten geschleudert worden.

Anwesende Bauarbeiter der benachbarten Baustelle in der Schwanengasse bezeichneten das Vorgehen als «grob-fahr-lässig». Gleiches sagte zur SDA ein betroffener Passant: Er wurde von den Bauarbeiten nicht nur potenziell, sondern direkt gefährdet. Der Bagger stiess den Mann gegen die Bauabschränkung



GENÜGT DER SCHUTZ? Ein Bagger reiss Tramschienen aus dem Boden – daneben fliesst der Passantenstrom. ANDREAS WEIDMANN

und versetzte ihm so einen heftigen Stoss. Der Mann wurde von anderen Passanten aufgefangen. Der Vorfall blieb ohne Folgen, trotzdem intervenierte der Mann bei der Bauleitung.

Keine Bestimmungen zur Distanz

Der Baustellenchef der zuständigen Totalunternehmung unter der Leitung der Walo Bertschinger AG, Klaus Fank-

hauser, bestätigte auf Anfrage den Vorfall. Im Grundsatz entspreche die Baustelle den einschlägigen Sicherheitsbestimmungen. Es gebe keine Bestimmungen, in welcher Distanz zum Passanten- oder Verkehrsstrom Gleisabbrucharbeiten dieser Art stattzufinden hätten. Ausschlaggebend sei, dass der Bagger nur in einer Richtung gearbeitet habe und sich die Passanten damit faktisch nicht

dessen Drehbereich befunden hätten, hiess es. Das Bauinspektorat der Stadt Bern prüft im Rahmen seiner Zuständigkeit, ob auf der Baustelle die einschlägigen Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden, wie der stellvertretende Stadtbauinspektor Martin Baumann auf Anfrage sagte. Die entsprechende Aufsicht liegt bei der dafür zuständigen städtischen Baukontrolle. (SDA)

Nachrichten

SBB testet mit Genesis

Das Genesis-Konzert vom 17. Juni in Bern nutzen die SBB als Testlauf für die Euro 08. Direkte Züge bringen die Fans nach dem Konzert im Acht-Minuten-Takt vom Bahnhof Wankdorf direkt nach Olten. Dort können sie in Anschlusszügen umsteigen. Nur noch die Besucher aus der Westschweiz werden über den Hauptbahnhof fahren. Auch gibt es neu zwei Warteräume ausserhalb des Bahnhofs Wankdorf, wie Mediensprecherin Rahel Koerfgen zu einer SBB-Mitteilung vom Dienstag sagte. Über hundert Kundenlenker werden im Einsatz stehen. Damit ziehen die SBB Lehren aus dem Robbie-Williams-Konzert, als die Besucher den Bahnhof Wankdorf innert Kürze überfüllten. Die Organisatoren des ausverkauften Genesis-Konzerts erwarten 40 000 Besucher. (SDA)

Biel 2009 fließt Schuss wieder offen

Bei den ehemaligen Vereinigten Drahtwerken Biel-Bözingen wird der Flusslauf der Schuss offengelegt. Die Bauarbeiten des Acht-Millionen-Projekts beginnen im Herbst und dauern zwei Jahre, wie die Stadt gestern informierte. Der Renaturierung müssen die Industriebauten über dem Fluss weichen. Ebenfalls abgebrochen und wieder neu aufgebaut wird die Brücke Solothurnstrasse. Sie wird künftig keinen Mittelpfeiler mehr haben. (SDA)

Mehr Staatskunde an der Schule

Parlament Der Grosse Rat überweist Motionen zur Förderung des Staatskundeunterrichts

Mit drei Vorstössen haben sich drei Grossratsmitglieder gestern für die Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichts im Kanton Bern eingesetzt. Gegen Stimmabstimmung und Desinteresse müsste etwas geschehen.

«Politische Bildung muss entschieden verbessert werden», erklärte Nadine Masshardt (SP/Langenthal), Autorin von zwei der drei Vorstösse. Das jüngste Mitglied des Grossen Rates hatte letzte Woche bereits das Stimmrecht 16 durchgebracht. Sie verlangte eine gemeinsame Website von Bund und Kantonen zur politischen

Bildung. Ihr zweites Anliegen war die bessere Ausbildung der Lehrkräfte auf diesem Gebiet. Erwin Sommer (EVP/Melchnau) und Gerhard Baumgartner (EVP/Ostermundigen) ging es in ihrer Motion um die Belebung und Förderung des Staatskundeunterrichts in Volksschule, Gymnasium und Berufsbildung. «Schülerinnen und Schüler verfügen am Ende ihrer Ausbildungszeit über das nötige politische Basiswissen», forderten die beiden EVP-Räte. Die Regierung war bereit, die Vorstösse anzunehmen. In zwei Fällen drehte sich die Diskussion hauptsächlich um die Frage, ob sie als bereits erfüllt abzuschreiben seien.

Zur von Masshardt verlangten Website über politische Bil-

dung verwies die Regierung auf eine von der Fachhochschule Nordwestschweiz entwickelte Website, die auch den Lehrkräften im Kanton Bern zur Verfügung stehen werde. Weitere Webangebote erachte die Regierung als nicht erforderlich. Auch im französischsprachigen Kantonsteil bestünden entsprechende Angebote oder seien im Aufbau, heisst es in der Regierungsantwort.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Defizite vieler Junger auf dem Gebiet der politischen Bildung nicht nur im ungenügenden Angebot lägen. Die Erwachsenen gäben den Jungen oft ein schlechtes Beispiel, wie die meist dürftigen Stimmbeteiligungen zeigten,

sagte Marianne Streiff (EVP/Oberwangen).

Staatskunde wird gefördert

Das Parlament nahm die Motion Masshardt für eine Website über politische Bildung einstimmig an und schrieb sie, wie von der Regierung beantragt, mit 72 zu 63 Stimmen gleichzeitig ab. Die Motion Sommer/Baumgartner zur Förderung des Staatskundeunterrichts wurde einstimmig angenommen und nicht abgeschrieben.

Als Postulat überwies der Grosse Rat die Forderung für die Intensivierung der politischen Bildung der Lehrkräfte von Nadine Masshardt. Das Parlament tat dies ohne Gegenstimme. (SDA)

Klare Niederlage für FDP

Grosser Rat Keine Gutscheine für Bildung

Die FDP hat im Rahmen ihrer Kampagne für liberale Lösungen auch das Bildungswesen ins Visier genommen. Brigitte Bolli (FDP/Bern) scheiterte jedoch mit einer Motion für Bildungsgutscheine in der Weiterbildung mit 102 zu 22 Stimmen klar. Die Bildungsgutscheine sollten die heutige Programmförderung ablösen. Dadurch komme ein Wettbewerb in Gang, der zu besseren Angeboten führe, argumentierte Bolli.

Die Regierung verwies darauf, dass man mit dem Anfang 2006 eingeführten Gesetz über Berufsbildung und Weiterbildung noch zu wenig Erfahrung sammeln konnte. So kurz nach der Inkraftsetzung des Gesetzes sei ein Wechsel des Systems nicht sinnvoll. Zudem seien Gutscheine

mit beträchtlichem administrativem Aufwand verbunden.

Dieser Meinung schloss sich parteiübergreifend die Mehrheit des Rats an. Die Weiterbildungsinstitutionen befanden sich bereits in einem Wettbewerb. Das heutige System sei darauf ausgerichtet, für benachteiligte Bevölkerungsgruppen Angebote bereitzustellen. Gutscheine würden diesem Ziel entgegenwirken.

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver räumte ein, im Sinne der Motion werde an der Vereinfachung der Vorschriften gearbeitet. Ein Systemwechsel überzeuge die Regierung jedoch nicht. Für das Ziel der Förderung Benachteiligter seien die Gutscheine kontraproduktiv, wie die Erfahrungen des Kantons Genf zum Teil belegten. (SDA)

Solaranlagen gegenüber der Denkmalpflege aufgewertet

Parlament Oberburger Solarpionier Josef Jenni verbucht einen Erfolg

Die Denkmalpflege muss beim Bau von Solaranlagen künftig etwas zurückstehen. Der Grosse Rat hat gestern eine entsprechende Motion von Solarpionier Josef Jenni (EVP/Oberburg) klar gutgeheissen. Jenni, der selber Solaranlagen baut, beklagte, dass Bauherrschäften häufig durch die Denkmalpflege daran gehindert würden, erneuerbare Energien zu gewinnen, etwa bei der Installation einer Solaranlage auf einem alten Bauernhaus oder bei der Sanierung von Wasserkraftwerken.

Eine Mehrheit des Kantonsparlaments unterstützte Jennis Anliegen, die Nutzung von erneuerbaren Energien in der Regel höher zu gewichten als die Interessen der Denkmalpflege.

Die Regierung wollte den Vorstoss nur zur Prüfung entgegennehmen, doch Jenni fand vor allem bei den bürgerlichen Parteien offene Ohren für den verbindlichen Auftrag als Motion. Die Regie-

rung hatte darauf hingewiesen, dass der Einbau von Solaranlagen schon heute auch auf Schutzobjekten möglich sei.

Für die rot-grüne Seite war die Motion zu starr. Man dürfe nicht einseitig ein Anliegen über alles stellen, sondern müsse im Dialog die richtige Lösung finden. Es sei tendenziös, die Denkmalpflege als «Denkmalvogt» darzustellen und sie in ein falsches Licht zu rücken.

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) gab zu bedenken, selbst als Grüner könne er den Vorstoss nicht als Motion unterstützen. Er sei praktisch immer für eine Sicht auf das Ganze. Einen Aspekt allzu stark in den Vordergrund zu stellen, sei unangemessen.

Das Kantonsparlament überwies den Vorstoss in Form einer Motion schliesslich mit etwa einer Zweidrittel-Mehrheit. (SDA)

Autonomie fördern

Grosser Rat Entscheid für die Behinderten

Der Grosse Rat will mehr Autonomie für Behinderte. Der Systemwechsel bei der Finanzierung müsse aber behutsam erfolgen, lautete gestern der Tenor im Parlament. Brigitte Bolli (FDP/Bern) musste einsehen, dass ihr Anliegen, den Behinderten mehr Autonomie zu verschaffen, nur als Postulat Chancen hatte. Der Übergang von der Objekt- zur Subjektfinanzierung müsse sorgfältig geprüft werden, befand eine Mehrheit des Rats.

Es sei richtig, dass Behinderte das Geld, das sie zur Bewältigung der behinderungsbedingten Mehrkosten brauchen, direkt erhalten und nicht über Leis-

tungen, begründete sie. So werde der Wettbewerb unter den Leistungsanbietern gefördert.

Eine Koordination mit dem Pilotversuch Assistenzbudget des Bundes sei nötig, gab die Regierung zu bedenken. Es brauche ein zuverlässiges System zur individuellen Bedarfserhebung.

Die Neue Finanzordnung des Bundes (NFA) sei momentan noch eine «riesige Baustelle», sagte Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP). Das behutsame Vorgehen, das die Regierung vorschlägt, sei nicht Zeichen von Ängstlichkeit. Die Mehrheit des Rates folgte dieser Sicht und überwies das Postulat ohne Gegenstimme. (SDA)

Bewilligung liegt vor

Bern Hochschule kann gebaut werden

Der Regierungstatthalter hat gestern die Baubewilligung für die Pädagogische Hochschule auf dem Von-Roll-Areal im Berner Länggassquartier erteilt. Bedenken von Seiten der Denkmalpflege und der Anwohner konnten ausgeräumt werden. Insgesamt sollen auf dem Areal derzeit 4000 Studierende und 500 Mitarbeitende Platz finden. Baubeginn ist noch für 2007 vorgesehen. Bezogen werden soll die Anlage 2012/2013. Der Grosse Rat hatte im Januar den nötigen Kredit von 230 Millionen Franken bewilligt. (SDA)